



Landesforst
Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Der Vorstand

Staatliches Amt für
Landwirtschaft und Umwelt
Mittleres Mecklenburg

Nr.:
Erz.: 20. Mai 2022

L	1	2	3	4	5	6
Zur Bearb.	Antwort vorber.			Rücksp.		

Forstamt Bad Doberan

Handwritten notes: i.i.f., 1. u. 2. 5, 51-7, 6.23, 51d

Forstamt Bad Doberan • Neue Reihe 46 • 18209 Bad Doberan

StALU Mittleres Mecklenburg
An der Jägerbäk 3
18069 Rostock

Bearbeitet von: Herr Zimmermann

Telefon: 038203 2263-0
Fax: 03994 235-422
E-Mail: baddoberan@lfoa-mv.de

Aktenzeichen: 7444.39-1-36/2022
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Bad Doberan, 18.05.2022

Anlagen. 2

Forstrechtliche Stellungnahme

Vorhaben: WEA Kambs III – Errichtung von 3 Windenergieanlagen des Typs Nordex N149/5.X

Gemarkung Kambs, Flur 1, Flurstücke 4, 116, 124

- Ihr Schreiben vom 27.04.2022 – Posteingang 04.05.2022
- Ihr Aktenzeichen: 571-1.6.2VG-252

Sehr geehrter Herr Dührkop,
soweit sich das Vorhaben „WEA Kambs III – Errichtung von 3 Windenergieanlagen des Typs Nordex N149/5.X“ aus den vorliegenden Unterlagen darstellt, wurden zum Zeitpunkt der Abgabe der Stellungnahme **forstrechtliche Belange festgestellt**. Aus diesem Grund ergeht folgende

Entscheidung:

Entsprechend § 20 Abs. 2 LWaldG wird für das Vorhaben „WEA Kambs III – Errichtung von 3 Windenergieanlagen des Typs Nordex N149/5.X“ das **Einvernehmen** zur Erteilung der Baugenehmigung, hier konzentriert in der Erteilung einer Genehmigung nach dem BImSchG **nicht erteilt**.

I. Begründung:

Gemäß § 10 LWaldG M-V haben Träger öffentlicher Vorhaben bei Planung und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder ihre Auswirkungen Waldflächen betreffen können, die Funktion des Waldes nach § 1 Abs. 2 LWaldG M-V angemessen zu berücksichtigen und die Forstbehörde bereits bei der Vorbereitung der Planungen und Maßnahmen zu unterrichten und anzuhören sowie ihre Entscheidung im Einvernehmen mit den zuständigen Forstbehörden zu treffen. Gemäß § 32 Abs. 3 LWaldG M-V und § 35 Abs. 1 LWaldG M-V liegt die Zuständigkeit für die Erteilung des Einvernehmens gemäß § 10 LWaldG M-V beim Vorstand der

Vorstand: Manfred Baum
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Telefon: 03994 235-0
Telefax: 03994 235-400
E-Mail: zentrale@lfoa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

Bank: Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80058
Amtsgericht Neubrandenburg HRA 2883

Landesforstanstalt. Entsprechend des Geschäftsverteilungsplans der Landesforstanstalt beim örtlich zuständigen Forstamt.

1. Standort WEA 1 und 2 vom Typ Nordex N149/5.X

Laut den vorliegenden Unterlagen sollen die WEA 1 und 2 (Standort Gemarkung Kambs, Flur 1, Flurstück 124 und 4) in einem Abstand von über 130 m zum Wald im Sinne des § 2 LWaldG errichtet werden (siehe Anlage 1). Die geplante Errichtung der Windenergieanlage erfolgt somit außerhalb des gesetzlich vorgesehenen Waldabstandes von 30 m. Entsprechend § 20 LWaldG ist zur Sicherung von Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten.

Des Weiteren wurde geprüft, inwieweit die geplanten baulichen Anlagen zum aktuellen Zeitpunkt Auswirkungen auf den Waldbrandschutz haben. Da sich die o.g. Anlagen in einem Abstand von über 130 m zum Wald befindet, sind bei Beachtung der o.g. Auflagen zum aktuellen Zeitpunkt keine erhöhten Waldbrandgefährdungen durch die bauliche Anlage für den angrenzenden Wald festzustellen.

Weiterhin wurde geprüft, inwieweit durch die geplante Errichtung der Windenergieanlage vom Typ Nordex N149/5.X das automatisierte Waldbrandfrüherkennungssystem beeinflusst werden kann. Dabei wurde festgestellt, dass die geplante Errichtung der Windenergieanlage außerhalb des automatisierten Waldbrandfrüherkennungssystems erfolgen soll und somit aktuell keine Störungen des automatisierten Waldbrandfrüherkennungssystems festzustellen sind. Zusammengefasst sind für den geplanten Bau und die Inbetriebnahme der *Windenergieanlagen 1 und 2* vom Typ Nordex N149/5.X *keine forstrechtlichen Einwände* gegeben.

2. Standort WEA 3 des Typs Nordex N149/5.X

Laut den vorliegenden Unterlagen sollen die WEA 3 (Standort Gemarkung Kambs, Flur 1, Flurstücke 116) in einem Abstand von weniger als 30 m zum Wald im Sinne des § 2 LWaldG errichtet werden (siehe Anlage 2). Die geplanten Baustandorte der Windenergieanlagen liegen somit innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Waldabstandes von 30 m. Der Abstand vom Wald zur baulichen Anlage wird zwischen dem Kronentrauf des Waldes sowie des äußersten Randes der Windenergieanlage (Rotorspitze - Drehung der Rotorflügel vertikal und der gesamten Rotorlänge horizontal) gemessen.

Entsprechend § 20 LWaldG ist zur Sicherung von Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten. Darüber hinaus hat gemäß § 20 Abs. 1 LWaldG die oberste Forstbehörde zur Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes Ausnahmen in Form einer Rechtsverordnung (Waldabstandsverordnung – WabstVO M-V) geregelt.

Die Waldabstandsverordnung sieht vor, dass für die in § 2 WabstVO M-V aufgeführten Tatbestände (u.a. Garagen oder sonstige Anlagen, die nicht für den vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind) unter der Anwendung von pflichtgemäßem Ermessen Ausnahmen zugelassen werden können.

Die Windenergieanlagen sind als Anlage, die nicht zu Wohnzwecken oder nicht dem vorübergehenden Aufenthalt von Menschen dient gemäß § 2 Nr. 6 WAbstVO M-V einzustufen, soweit gewährleistet ist, dass aufgrund der Eigenart der Anlage, der örtlichen Gegebenheit oder geeigneter Maßnahmen der mit dem Waldabstand beabsichtigte Schutzzweck und die Waldfunktionen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Bei der beabsichtigten Unterschreitung des gesetzlich vorgesehenen Waldabstandes ist davon auszugehen, dass eine Beeinträchtigung des Schutzzwecks des gesetzlich vorgesehenen Waldabstandes nicht ausgeschlossen werden kann. Im Fall eines technischen Defekts mit Brandentwicklung bzw. einen Blitzeinschlag mit Brandentwicklung kann ein Übergriff des Feuers auf den angrenzenden Wald nicht verhindert werden, da die Windkraftanlage unmittelbar am Wald angrenzen und die Löscheinheiten sich aufgrund der Eigengefährdung nicht in den Radiusbereich der Windkraftanlage aufhalten dürfen. Ein gewisser Pufferstreifen soll sicherstellen, dass beim Versagen von sämtlich technischen Einrichtungen der Windkraftanlage der Schutz des Waldes auch im Extremfall eines kontrollierten Abrennens der Windkraftanlage gewährleistet werden kann. Da nach § 2 Nr. 6 WAbstVO M-V aufgrund der Standorte des WEA 3 zum Wald nicht gewährleistet werden kann, dass eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks des gesetzlichen Waldabstandes ausbleibt, ist der beantragte Standort der WEA 3 hiermit abzulehnen.

3. Zuwegung, Montageflächen und Kranstellplätze

Die Anlage von Zuwegungen, Montageflächen und Kranstellplätzen erfolgt nach den eingereichten Unterlagen überwiegend außerhalb des Waldes und des Waldabstandes. Einzige Ausnahme bildet die Zuwegung auf dem Flurstück 123, der Flur 1, der Gemarkung Kambs. Dabei verläuft der geplante dauerhafte Weg unmittelbar entlang des Waldrandes. Entscheidend dabei ist, dass es durch die Anlage der Zuwegung zu keiner Beeinträchtigung des Waldes und dessen Schutzzwecks kommt. Das Zurückschneiden des vorhandenen Waldrandes ist ohne vorherige Genehmigung der Forstbehörde gemäß § 15 LWaldG unzulässig. Ein Eingriff in den Kronentrauf oder die Anlage von Wegen unmittelbar im angrenzenden Wurzelbereiches ist auch unzulässig. Diese Maßnahmen erfordern die Abstimmung und die Erteilung des Einvernehmens der zuständigen Forstbehörde, sowie die Beteiligung betroffener Waldbesitzer und der unteren Naturschutzbehörde.

4. sonstige forstrechtliche Belange im Bereich des Vorhabens

Im Bereich des o.g. Vorhabens sind zum Zeitpunkt der Stellungnahme keine Erstaufforstungen geplant bzw. gemäß § 25 Abs. 1 LWaldG M-V genehmigt worden. Diesbezüglich liegen *keine forstrechtlichen Belange* vor.

Entscheidung zum Sachverhalt:

Aufgrund der oben erläuterten Sachverhalte bin ich bei der Ausübung meiner Abwägungspflicht entsprechend § 1 Abs. 4 LWaldG M-V zu dem Ergebnis gekommen, dass durch das geplante Vorhaben die Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des

Waldes gemäß §§ 15, 18, 19, 20 LWaldG M-V zu befürchten ist. Deshalb habe ich mich gemäß § 10 LWaldG M-V entschlossen, dass für das o.g. Vorhaben erforderlich Einvernehmen zur Erteilung einer Genehmigung nach dem BImSchG nicht zu erteilen.

Waldbesitzerbeteiligung:

Der betroffene Waldbesitzer wurde in diesem Verfahren gemäß § 5 WabstVO M-V nicht beteiligt, da das Vorhaben, sowie es aus den vorliegenden Unterlagen hervorgeht, forstrechtlich nicht genehmigungsfähig ist. Eine Anhörung hätte zu keinen neuen Erkenntnissen führen können.

Zuständigkeit:

Die Entscheidung über die Genehmigung zur Unterschreitung des Waldabstandes liegt entsprechend § 20 Abs. 2 LWaldG bei der Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Forstbehörde. Gemäß § 32 Abs. 3 und § 35 Abs. 1 LWaldG liegt die Zuständigkeit für die Erteilung des Einvernehmens gemäß § 20 Abs. 2 LWaldG beim Vorstand der Landesforstanstalt M-V. Entsprechend des Geschäftsverteilungsplans der Landesforstanstalt liegt die Zuständigkeit für Beteiligungsverfahren gemäß § 20 LWaldG beim örtlich zuständigen Forstamt.

Hinweise:

Eine Genehmigung durch die untere Forstbehörde zur Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes § 20 LWaldG MV für Windenergieanlagen ist in begründeten Fällen möglich. Dafür muss ein schriftlicher Antrag mit Begründung auf Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes eingereicht werden. Darin ist eine Alternativlosigkeit anderer Standorte glaubhaft darzulegen. Im Zuge eines solchen Genehmigungsverfahrens müssen die untere Naturschutzbehörde, sowie betroffene Waldeigentümer beteiligt werden. Eine Entscheidung zur Erteilung der Genehmigung liegt nach Abwägung aller gewichtigen Aspekte im Ermessen der zuständigen Forstbehörde.

Sollten für die Umsetzung des Vorhabens weitere bauliche Maßnahmen (Errichtung von Trafostationen, Kabelverlegungen, Bau von Zuwegungen) im Wald bzw. im gesetzlichen Waldabstand von 30 Metern für die Inbetriebnahme von Windkraftanlagen erforderlich sein, die nicht oder nicht ausführlich in den vorliegenden Unterlagen aufgeführt sind, dann ist die untere Forstbehörde erneut zu beteiligen.

Sollte für die Errichtung der Zuwegungen die konkrete Lage des Waldes bzw. des Waldrandes nicht bekannt sein, dann sollte im weiteren Verfahren im Beisein des Forstamtes eine Kartierung/Einmessung der betroffenen Waldränder vorgenommen werden. Dabei ist besonders die Zuwegung im Bereich des Waldes auf dem Flurstück 126, Flur 1, Gemarkung Kambs zu berücksichtigen.

Für die Errichtung von WEA im Waldabstand von unter 50 m sind mit einer automatischen Löschanlage, sowie Brandmeldern auszustatten.

Der Antragsteller von WEA hat sicher zu stellen, dass das automatisierte Waldbrandfrüherkennungssystem sowie zugehörige Funkstrecken durch den Betrieb der geplanten WEA nicht gestört werden. Abstimmungen müssen mit der unteren Forstbehörde erfolgen.

Bei den Standorten für die WEA 1 und 2 werden keine forstrechtlichen Belange berührt. In einem erneuten Beteiligungsverfahren kann diesen Anlagen im Genehmigungsverfahren das forsthoheitliche Einvernehmen in Aussicht gestellt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen mein Mitarbeiter Herr Zimmermann über die o.g. Telefonnummer zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Hartmut Pencz

Leiter des Forstamtes Bad Doberan



